

Gesellschaft für humane Luftfahrt Mainz e.V.

Gemeinnütziger Verein gegen Fluglärm

Geschäftsstelle: 55126 Mainz, Domitianstr. 40 ; Tel./ Fax: 06131/478247
E-mail: st.ma-geowiss@web.de ; Bankverb.: 588574012 Mainzer Volksbank

Offener Brief

Mai 2011

Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Kopien an CDU-Bund.-Fraktion
RLP-CDU-Land.-Fraktion

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

bei einer zentralen Fest-Veranstaltung zum Mauerfall am Brandenburger Tor in 2009 wurde von vielen prominenten Rednern, u.a. auch von Ihnen, der Freiheitsbegriff in den Mittelpunkt der Vorträge gestellt. Leben in einer freien Gesellschaft als großes, zu verteidigendes Gut. Bekanntlich kollidieren aber zuweilen nicht nur die Freiheitsbedürfnisse einzelner Individuen miteinander, sondern auch jene zwischen Institutionen und Individuen.

Viele Menschen im Rhein-Main-Raum fühlen sich beispielsweise durch die „Entwicklungs-Bedürfnisse“ der Institution FRAPORT in ihrer Freiheit elementar eingeschränkt, wenn sie etwa durch den unzumutbaren Fluglärm gezwungen sind, sich nur noch im Hausinnern aufzuhalten oder daran gehindert werden, eine halbwegs akzeptable Nachtruhe zu haben. In der BR Deutschland gibt es zwischenzeitlich eine „Noch-Minderheit“ von 10 – 20 Mio. Fluglärm-Betroffenen und darunter eine Minderheit von 2 – 3 Mio. unzumutbar Fluglärm-Geschädigten.

Bei Gesetzesnovellierungen werden solche „Minderheiten“, ganz im Gegensatz etwa zu religiösen oder rassischen Minderheiten, bislang überhaupt nicht oder kaum beachtet. Die Fluglärm-betroffenheit ist bei vielen Menschen im Rhein-Main-Raum derart groß, dass sie zu „Flüchtlings“ werden, „vertrieben“ aus ihrem Haus, um „frei“ von totaler Verlärmung leben zu können.

Bei Fluglärm kann man nun bekanntlich nicht einfach in die ruhige Anliegerstraße nebenan umziehen, wie manchmal bei Straßenverkehrslärm möglich. Man muss die Region wechseln, quasi „auswandern“, „flüchten“, wie es bereits viele Menschen im Rhein-Main-Raum in Erwartung des Lärms nach dem Ausbau planen oder sogar schon ausgeführt haben.

Diese „Ausbau-Freiheit“ für Fraport bedeutet für viele auch die Teil-Entwertung (Teil-Enteignung) ihrer Immobilie unter den dann vorhandenen Flugrouten.

Diese Bürger empfinden das hier praktizierte Vorgehen als staatliche Gewalt.

Es sollte Sie nachdenklich stimmen, dass im Raum Mainz nicht nur die Grünen oder die SPD, sondern gerade die CDU-Mainz und deren kommunalpolitische Institutionen stärkste Kritiker dieser Fluglärm-entwicklung sind, die weit ins linksrheinische Gebiet reicht.

Dem Standardeinwand der Flugverkehrswirtschaft :

Wir sind doch ein modernes exportorientiertes, mit der ganzen Welt vernetztes Land, da benötigt man doch Luftverkehrssysteme , ist zu entgegnen :

Wir haben bereits drei Großflughäfen in der BRD, darunter bereits jetzt mit FRA einen der größten und komplexesten Flughäfen weltweit, desweiteren eine große Anzahl weiterer Flughäfen mit internationaler Anbindung.

Der Frankfurter Flughafen hat wegen seiner zentralen Lage in der 5 Mio.-Stadt „Rhein-Main“ von der Position her geradezu „Tempelhof-Charakter“.

Berlin wäre unbewohnbar, würde man dort einen Luftverkehr vergleichbar mit dem bei FRA abwickeln.

Für den zu erwartenden Transitverkehr Asien – Amerika sollte man nicht das dicht besiedelte Rhein-Main-Gebiet als „Umsteigebahnhof“ missbrauchen, um etwa mögliche Gewinne noch weiter zu steigern.

Bauen wir doch einen solchen Mega-Hub für Kontinental-Transit irgendwo in den Wüsten von Algerien oder Ägypten, falls Dubai nicht reichen sollte.

Nirgendwo in Europa ist ein solcher Flughafen den Menschen zumutbar.

Lassen Sie mich noch anmerken: Ihre Klima-Agenda bleibt – ohne gleichzeitige Begrenzung des Luftverkehrs-Entwicklungswahns - für viele Menschen nicht nachvollziehbar.

Bei vielen lärmgeplagten Menschen im Rhein-Main-Raum sind viele Ihrer hess. Parteifreunde in der hess. LR wegen deren, von vielen Bürgern als rücksichtslos empfundenen Einsatzes für den Ausbau aufs Schärfste kritisiert worden. Insbesondere nach dem Nachtflug-Wortbruch schlägt ihnen von vielen Anwohnern nur noch Missachtung entgegen.

Gesellschaftspolitisch ist eine solche Entwicklung u.E. höchst bedenklich.

Ist der neue Lärm nach einem Ausbau für die Menschen dann konkret erlebbar, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit noch ein „FRA 21“ geben.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorstand der GhL

Friedrich Herzer (1. Vors.)